

Kinderrechteorganisationen und Interessensvertretungen warnen vor Kürzungen bei Sozialhilfe

Kinderarmut wird durch Kürzungen im Sozialbereich weiter verschärft

Die im Raum stehenden Verschlechterungen in der Sozialhilfe und Kürzungen im Sozialbereich und bei den Familienleistungen treffen jene am meisten, die ohnehin am wenigsten haben. Für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Kinder werden die Einschnitte besonders hart sein. 344.000 Kinder und Jugendliche sind es in Österreich.

Für Familien, die Sozialhilfe erhalten, sind Streichungen existenzbedrohend. Denn das ohnehin knappe Haushaltsbudget muss umgehend wieder für das Nötigste, also Wohnen, Energie und Lebensmittel, ausgegeben werden. Dabei macht die Sozialhilfe in Österreich ohnehin weniger als 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Mit Einsparungen in dieser Größenordnung lässt sich der Haushalt von Bund und Ländern also nicht sanieren. Im Raum stehen Verschlechterungen für Familien in der Sozialhilfe, etwa die Anrechnung der Familienbeihilfe oder – von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich große – Kürzungen bei den Kinderzuschlägen.

Im Zuge der noch ausstehenden Verhandlungen sollte nicht darauf vergessen werden, dass die angekündigten Kürzungen bei sozialer Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, wie etwa bei den Jugendzentren oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, noch erschwerend hinzukommen. Auch die Einsparungen bei Familienleistungen müssen bedacht werden. Diese Kombination kann negative Auswirkungen auf die Entwicklung von vulnerablen Kindern und Jugendlichen haben.

Mehr als ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger*innen (37 Prozent) sind Kinder. Nimmt die Politik diesen Kindern nun noch mehr weg, sind die negativen Konsequenzen abzusehen. Die Folgekosten von Kinderarmut belaufen sich laut OECD schon jetzt auf rund 18 Milliarden Euro jährlich.

Die unterzeichnenden Organisationen und Interessensvertretungen sind sich daher einig: „Wer bei Sozialleistungen für Kinder kürzt, löst damit nicht nur Stress, Belastungen und Leid bei den Betroffenen aus, sondern führt auch zu höheren Folgekosten für die Republik, etwa durch höhere Gesundheitsausgaben, geringere Steuereinnahmen oder Arbeitslosigkeit.“ Die Unterzeichner*innen fordern daher eine finanzielle Absicherung für Kinder und Jugendliche, die armutsfest ist, und den Ausbau kindbezogener Sozialleistungen. „Denn nur so können wir davon sprechen, dass wir die Kinderrechte in Österreich tatsächlich einhalten“, so die Unterzeichnenden unisono abschließend.